



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Jahresbericht 2011**  
**des Bundesrates**  
**über die Teilnahme der Schweiz am**  
**Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat**  
**und an der**  
**Partnerschaft für den Frieden**

---

Bern, 25. April 2012

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Überblick</b>	<b>3</b>
<b>2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)</b>	<b>5</b>
2.1 Ministertreffen	5
2.2 Treffen der Armeechefs	5
2.3 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter	6
2.4 Ständige militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses	6
<b>3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)</b>	<b>8</b>
3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen	8
3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen	8
3.1.2 Humanitäres Völkerrecht	8
3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds	9
3.1.4 Zivile Notfallplanung	10
3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement	11
3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten	11
3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen	11
3.2.1 Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit	11
3.2.2 Zusammenarbeit in spezifischen Themenbereichen	12
3.2.3 Ausbildungsangebote und regionale Unterstützungsprogramme	13
<b>4. Aktivitäten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich</b>	<b>14</b>
4.1 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	14
4.2 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte	14
4.3 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich	16
<b>5. Anhang</b>	<b>18</b>
5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz	18
5.2 Weitere Veranstaltungen	21
5.3 Finanzen	22
5.4 Abkürzungen	23
5.5 Links	23

## 1. Überblick

Dominierende Themen in der Nato waren 2011 einerseits die Implementierung des im November 2010 verabschiedeten neuen strategischen Konzepts und die damit verbundene Reformdiskussion, andererseits die friedensunterstützenden Operationen in Afghanistan (ISAF) und im Kosovo (KFOR) sowie die Intervention in Libyen („Operation Unified Protector“).

Die friedensunterstützenden Einsätze in Afghanistan und Kosovo waren wie in den vorangegangen Jahren jeweils auch zentraler Gegenstand der sicherheitspolitischen Konsultationen im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPC). An beiden Operationen, die unter einem Mandat der UNO erfolgen und von der Nato geführt werden, beteiligen sich neben Mitgliedstaaten der Allianz auch zahlreiche Partnerstaaten, die zu den entsprechenden Konsultationen und einsatzbezogenen Gesprächen regelmässig beigezogen werden. Im Fall Afghanistans stand die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die lokalen Sicherheitskräfte und der für 2014 geplante Abzug der Kampftruppen im Zentrum der Diskussionen.

Im Zusammenhang mit dem Aufstand in Libyen 2011 entschieden einige Nato-Staaten, zusammen mit einzelnen Nato-Partnerstaaten, im Anschluss an die Verabschiedung der Resolution 1973 des UNO Sicherheitsrats zum Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen die „Operation Unified Protector“ zu starten, die zum Sturz des Ghaddafi-Regimes beitrug.

Die Schweiz nimmt regelmässig an den Konsultationen zum Kosovo-Einsatz teil, wo sie mit der Swisscoy weiterhin ein militärisches Kontingent von rund 220 Soldaten und zwei Transporthelikoptern unterhält. Im Juni 2011 hat das Parlament einer Mandatsverlängerung der Swisscoy bis Ende 2014 zugestimmt. Gleichzeitig wurde der Bundesrat ermächtigt, die maximale Kontingentsgrösse von 220 Armeeangehörigen während längstens 12 Monaten mit maximal 80 weiteren Armeeangehörigen aufzustocken.

Schwerpunkte dieser Konsultationen waren die Lage im Kosovo und die künftige Rolle der KFOR, dies auch vor dem Hintergrund der 2009 begonnenen schrittweisen Reduktion der Truppenstärke im Kosovo. Diese wurde im März 2011 von 10'000 auf rund 5'500 KFOR-Angehörige reduziert. Diese Reduktion hatte Anpassungen in der Struktur der KFOR zur Folge, namentlich eine Schwergewichtsverschiebung der Aufgaben weg von infanteristischen Schutzaufgaben hin zu verstärkter Überwachung und Ausbildung sowie zum Aufbau von lokalen Kapazitäten. In der zweiten Jahreshälfte 2011 hat sich die Sicherheitssituation im Norden Kosovos verschlechtert, was zu einem Eingreifen der KFOR als primärer Sicherheitsgarant in der Region führte.

Die Bilanz der politischen Konsultationen fällt auch im Jahr 2011 insgesamt ambivalent aus. Einerseits waren die Konsultationen wie bereits 2010 stärker auf konkrete operative Themen fokussiert. Auf der anderen Seite hat der politische Dialog im traditionellen EAPC-Rahmen weiter an Dynamik eingebüsst, namentlich im Vergleich zu den Bedürfnissen der militärischen Operationen. Die Nato hat, gerade auch angesichts ihrer Bedürfnisse in diesen Operationen, ihr Partnerschaftsnetzwerk geografisch ausgeweitet, z.B. den asiatisch-pazifischen Raum. Gleichzeitig hat, getrieben durch die verstärkte Aufmerksamkeit auf Bedrohungen wie Cyber Defense oder die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, eine thematische Verbreiterung stattgefunden, die das Interesse der Nato an der Kooperation mit ihren Partnern verstärkt hat.

Für die Zukunft der Beziehungen zwischen der Nato und ihren Partnern wird allerdings erwartet, dass die beschlossenen Reformen zu einer Wiederaufwertung des politischen Dialogs und zu grösserer Flexibilität bei der Gestaltung der verschiedenen Treffen führen könnten (Stichwort „flexible Formate“). Damit könnten sich auch Partner wie die Schweiz verstärkt in die sicherheitspolitischen Diskussionen einbringen. Überdies scheint es möglich, dass laufende militärische Einsätze in der Nato mittelfristig einen etwas weniger zentralen Stellenwert erhalten werden; dies vor dem Hintergrund des für 2014 angekündigten Rückzugs aus Afghanistan, aber auch im Lichte der laufenden Reduktion der KFOR.

Das Nato-Aussenministertreffen in Berlin im April 2011 endete mit der Verabschiedung von drei Dokumenten zu den Partnerschaften, welche die Kooperation zwischen der Nato und ihren Partnern gezielter und flexibler gestalten sollen (siehe auch Punkt 2.1). Die Schweiz konnte sich im Vorfeld des Treffens in die Erarbeitung der Texte einbringen und ist mit dem Resultat zufrieden. Dennoch wäre eine Konsultation der Dokumente im Rahmen der EAPC wünschenswert gewesen, um den Entscheidungsprozess umfassender zu gestalten. Auch was die Umsetzung der beschlossenen Reformen, vor allem die „flexiblen Formate“ betrifft, gibt es gewisse Widerstände.

In der Partnerschaft für den Frieden hat die Schweiz ihre praktische Zusammenarbeit im bisherigen Stil weitergeführt: Die Teilnahme von Einzelpersonen an einzelnen Übungen und Kursen dient dazu, die militärische Zusammenarbeitsfähigkeit mit Partnerstaaten im Hinblick auf friedensfördernde Operationen oder die Unterstützung humanitärer Einsätze zu verbessern. Die Schweiz unterstützte weiterhin ausgewählte Partnerstaaten, vor allem in den traditionellen Prioritätsgebieten Südost- und Osteuropa, Kaukasus und Mittelmeerraum. Beim Aufbau demokratischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen und bei der sicheren Verwahrung und Vernichtung von Munition, Kleinwaffen und Personenminen.

Die Schweiz bot den Partnerstaaten rund 25 PfP-Ausbildungskurse – inklusive der Kurse der Genfer Zentren – an, mit den gewohnten Schwerpunkten: humanitäres Völkerrecht, zivil-militärische Zusammenarbeit, Unteroffiziersausbildung, Kommunikationstraining, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Gebirgstraining und allgemeine sicherheitspolitische Ausbildung. Das Kursangebot bewegte sich damit quantitativ und inhaltlich in einem ähnlichen Rahmen wie bisher.

## **2. Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)**

### **2.1 Ministertreffen**

Die Nato-Aussenminister kamen im April zu ihrem „Frühlingstreffen“ in Berlin zusammen. Die Schweiz hatte im Vorfeld des Treffens in Berlin die Gelegenheit, ihre Interessen einzubringen. Am Treffen wurde ein Gesamtpaket mit insgesamt drei Texten zu den Partnerschaften verabschiedet. Der erste Text definiert die Politik der Nato gegenüber den Partnerstaaten. Der Zweite vereinfacht und ermöglicht einem grösseren Kreis von Staaten den Zugang zu den Instrumenten, die von der Nato im Rahmen ihrer institutionellen Partnerschaften entwickelt wurden. Der dritte Text ist eine komplette Neufassung des politisch-militärischen Rahmendokuments für Nato-geführte Operationen, das am Gipfeltreffen in Washington 1999 verabschiedet wurde. Das Rahmendokument legt die Modalitäten der Kooperation in Operationen zwischen der Nato und seinen Partnerstaaten fest, vor allem im Bezug auf deren Engagement in den einsatzbezogenen Entscheidungsprozessen.

Die Schweiz ist mit den in Berlin verabschiedeten Texten zufrieden. Die Dokumente ermöglichen mehr Flexibilität und Substanz in den Beziehungen mit den Partnern und dürfen unter anderem dazu beitragen, Konsultationen im Format „Nato plus neutrale und nichtalliierte Partner aus Westeuropa“ zu ermöglichen. Dennoch hat die Schweiz den Konsultationsprozess, der zur Verabschiedung dieser Dokumente geführt hat, mehrmals kritisiert, da er ihrer Meinung nach unter den Erwartungen der im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden etablierten Standards geführt wurde. Die Schweiz hat vor allem bedauert, dass die Texte verabschiedet wurden, ohne dass sie im Rahmen einer EAPC-Versammlung thematisiert wurden. Im Übrigen läuft die Umsetzung der in Berlin beschlossenen Reformen nicht wunschgemäß, da sie durch den Widerstand bestimmter Alliierter in Bezug auf die Entwicklung der „flexiblen Formate“ und die damit zusammenhängenden politischen Konsultationen mit den Partnern gebremst wird. So konnten bisher nur zwei Treffen in flexiblen Formaten organisiert werden, eines zum Thema Piraterie und eines zum Thema Cyber Defense (mit Beteiligung der Schweiz).

### **2.2 Treffen der Armeechefs**

Am 26. und 27. Januar 2011 tagte das Nato-Militärkomitee auf Stufe der Armee- und Generalstabschefs in den verschiedenen hierfür vorgesehenen Formaten. Der Chef der Armee nahm an den Sitzungen im Rahmen der EAPC und im Rahmen der für die KFOR truppenstellenden Staaten teil.

In den Beratungen der Nato-Mitglieder unter sich wurden Themen wie das neue strategische Konzept, die Nato-Reform und die laufenden Operationen diskutiert. Ebenso fand, als Novum, eine längere Unterredung des Nato-Generalsekretärs mit den Armeechefs der Allianz statt. Wie immer von besonderer Bedeutung waren die Beratungen zu den beiden Hauptoperationen ISAF und KFOR mit den jeweils truppenstellenden Staaten. Wie üblich fanden im Rahmen des Treffens zahlreiche Gesprächsrunden in anderen Formaten – Nato-Staaten unter sich, Nato-Russland-Rat, Nato-Ukraine-Kommission, Nato und die Staaten des Mittelmeerdialogs<sup>1</sup> – statt, sodass sich viele Gelegenheiten für die Netzwerkpflege und bilaterale Kontakte ergaben.

Das wichtigste Thema des Treffens im Rahmen des EAPC-Formates waren die militärischen Implikationen des am Gipfeltreffen in Lissabon gefassten Beschlusses, die verschiedenen Partnerschaften der Nato mit Nicht-Mitgliedsstaaten neu zu beleben und relevanter zu gestalten. Der Prozess der politischen Konsultation im flexiblen Format (28+n) soll demnach verstärkt, aber auch die praktische Zusammenarbeit vertieft werden.

An Treffen im Format KFOR wurde über die verschiedenen Probleme der Grenzziehung zwischen Serbien und Kosovo und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten sowie

<sup>1</sup> Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien, Tunesien.

über die militärische Planung weiterer Truppenreduktionen und Auftragsanpassungen informiert.

### **2.3 Politische Konsultationen und Treffen auf Ebene der Botschafter**

Im Berichtsjahr nahm der Chef der schweizerischen Mission bei der Nato an acht vom Generalsekretär einberufenen Treffen auf Ebene der Botschafter teil. Zwei davon wurden im Format „Big Tent“ mit allen Partnern der Nato (EAPC, Mittelmeerdialog, ICI und *Partners around the globe*) abgehalten, drei im Format EAPC und drei im Format Nato/KFOR. Dazu fand ein Treffen der SEEGROUP (South East Europe Security Cooperation Steering Group) auf Botschafterebene statt.

Die Botschaftertreffen im Format „Big Tent“ befassten sich mit der Libyenkrise sowie den Entwicklungen der Partnerschaften mit der Allianz. Die Diskussionsgrundlage dafür bildeten drei Dokumente, die im April am Treffen der Aussenminister in Berlin verabschiedet wurden, zu dem die Partnerstaaten jedoch nicht eingeladen waren (siehe Punkt 2.1 oben). Die Treffen mit den KFOR-Staaten fanden im Herbst 2011 statt, um die Ereignisse im Norden Kosovos zu diskutieren und die Kohärenz in der Vorgehensweise der KFOR sicherzustellen. Zusätzlich reiste der Chef der Schweizer Mission bei der Nato zusammen mit seinen Kollegen aus Finnland, Österreich und Schweden im November 2011 zu einem Arbeitsbesuch in den Kosovo, um sich über die aktuelle Sicherheitssituation und die politischen Entwicklungen ein Bild zu machen. Die Treffen im Format EAPC wurden als Gelegenheit dafür genutzt, den Übergangsprozess in Afghanistan zu besprechen sowie die Fortschritte in der Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und der neuen Partnerschaftspolitik zu diskutieren. Das Treffen der SEEGROUP diente schliesslich dazu, den Stand der Kooperation im Sicherheitsbereich zwischen den Balkanstaaten und der Nato zu diskutieren.

Allgemein kann festgestellt werden, dass sich die Anzahl der Treffen des EAPC auf Botschafterstufe reduziert hat. Stattdessen finden vermehrt Treffen zwischen truppenstellende Staaten auf Botschafterstufe sowie in untergeordneten Komitees des EAPC statt, bei denen die stellvertretenden Chefs und politischen Berater der verschiedenen Missionen zusammenkommen. Das *Political and Partnership Committee* des EAPC hat im Anschluss an eine Initiative Österreichs, Finlands, Schwedens und der Schweiz bezüglich der Arbeitsmethoden des EAPC an Aufmerksamkeit gewonnen und hat die Themen „Umwelt und Sicherheit“ (Initiative Finlands), „Schutz von Zivilisten“ (Initiative Österreichs) und „private Sicherheitsfirmen“ (Initiative der Schweiz) bearbeitet (siehe auch Punkt 3.1.2).

Im Übrigen haben sich die informellen Treffen auf Botschafter- und Stellvertreterstufe innerhalb der Gruppe der neutralen und nichtalliierten westeuropäischen Partner, genannt „WEP5“ (Finnland, Irland, Österreich, Schweden und Schweiz, je nach Thema auch Malta), rund um gemeinsame Interessengebiete weiter intensiviert.

### **2.4 Ständige militärische Vertretung und Treffen des Militärausschusses**

Die Schweiz hat an ihrer Mission bei der Nato einen permanenten militärischen Vertreter. Dieser ist Mitglied des Militärausschusses, der 2011 insgesamt sechs Mal tagte. Im Zentrum dieser Treffen standen praktische Beispiele zur Illustration der Entwicklung von „Smart Defense“ (intelligente Verteidigung). Dabei geht es um Bestrebungen, länderübergreifend Schlüsselbereiche für die Kooperation zu identifizieren, um die Ausgaben besser priorisieren zu können.

Daneben wurden wie bisher Verlauf und Stand der Nato-geführten friedensunterstützenden Operationen, einschliesslich Ausbildungsfragen und der Vorbereitung für Einsätze, behandelt. Die Schweiz beteiligt sich ebenfalls an den militärischen Diskussionen zur KFOR und wurde für ihr Engagement mehrfach gelobt.

Wiederholt wurde die Frage erörtert, wie sich die verschiedenen Instrumente der Zusammenarbeit, aber auch die Einbindung der verschiedenen Partnerschaftsgefässe (PfP, Mit-

telmeerdialog, Istanbuler Kooperationsinitiative<sup>2</sup> etc.) verbessern liessen. Dabei hat sich in den Diskussionen gezeigt, dass die Partner unabdingbar sind, zumal sie Leistungen erbringen können, welche für die Allianz mit zunehmendem Finanzdruck immer willkommener werden.

---

<sup>2</sup> Bahrain, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate.

### **3. Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden (PfP)**

#### **3.1 Zusammenarbeit in zivilen Bereichen**

##### **3.1.1 Sicherheitssektorreform, Aufbau von Verteidigungsinstitutionen**

Die Schweiz führte 2011 ihre Bemühungen fort, zur Umsetzung des Aktionsplans zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB) beizutragen. Dessen Grundidee ist, im Rahmen der Partnerschaft gezielt sicherheitspolitische Reformprozesse in den Staaten Osteuropas, Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens zu unterstützen um somit effektive und unter demokratischer Kontrolle stehende Streitkräfte zu schaffen. Die Etablierung transparenter und unter demokratischer Kontrolle stehender Strukturen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung bleibt eine Priorität der Partnerschaft. Das schweizerische Engagement in diesem Bereich ist längerfristig ausgerichtet, um die Nachhaltigkeit der Resultate zu gewährleisten. Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) ist das primäre Instrument, mit welchem die Schweiz zur Umsetzung des PAP-DIB beiträgt.

Im Berichtsjahr organisierten das EDA und das DCAF einen Ausbildungskurs und ein Seminar für parlamentarische Delegationen aus Kosovo und Bosnien und Herzegowina sowie einen runden Tisch in Polen. Zudem unterstützt die Schweiz, ebenfalls via DCAF, seit mehreren Jahren die Ukraine bei der Reform des Sicherheitssektors.

Die Schweiz führte ihre Bemühungen im Kampf gegen die Korruption im Verteidigungsbereich fort. Die neue Phase der Initiative, die 2010 lanciert wurde, stützt sich weiterhin auf einen Treuhandfonds, bei dem die Schweiz gemeinsam mit Grossbritannien, Polen und Norwegen die Co-Leitung inne hat. Der Schweizer Beitrag konzentriert sich neben der Co-Leitung auf vier weitere Bereiche: die Bereitstellung eines Experten auf Vollzeitbasis innerhalb der für die Implementierung zuständigen Gruppe, der unter anderem für die Entwicklung der Aktivitäten in Südosteuropa zuständig ist, die Übersetzung auf Russisch des vom DCAF erarbeiteten Handbuchs mit Handlungsempfehlungen, die Bereitstellung verschiedener Experten des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP) für Beratermissionen und Ausbildungsveranstaltungen sowie die Bereitstellung eines finanziellen Beitrags.

Im Rahmen der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung und Errichtung von staatlichen Strukturen in Afghanistan organisierte die Schweiz in Baku, Aserbaidschan, 2011 zum zweiten Mal einen Kurs über rechtsstaatliche Prinzipien und gute Regierungsführung für ziviles Personal der afghanischen Regierung. Der Kurs wurde gemeinsam mit dem GCSP und mit der Unterstützung Norwegens, Finlands und Aserbaidschans realisiert.

Vor dem Hintergrund der steigenden strategischen Bedeutung des Mittelmeerraums setzt sich die Schweiz im Sinne der Partnerschaft für den Frieden seit Jahren auch in dieser Region ein. Die Ereignisse des „arabischen Frühlings“ führten zur Entscheidung des Bundesrats, ein bilaterales Spezialprogramm für die Region zu genehmigen. Im Anschluss an diese Entscheidung wurden die schweizerischen Aktivitäten im Rahmen der PfP in der Region reduziert. Gleichzeitig unterstützte das EDA den jährlichen GCSP-Kurs zur Sicherheitspolitik im Mittleren Osten und in Nordafrika, indem es in Bern ein Kursmodul integrierte, welches die schweizerische Perspektive der internationalen Sicherheitspolitik und der zukünftigen Herausforderungen im Mittleren Osten und der arabischen Welt umfasst.

Schliesslich trug die Schweiz auch 2011 mittels Fachexpertise zur Reform der Militärakademien in Armenien und Moldawien bei. Dabei ging es hauptsächlich darum, die Ausbildungspläne für Offiziere und Unteroffiziere den heutigen Anforderungen anzupassen.

##### **3.1.2 Humanitäres Völkerrecht**

Im Berichtsjahr verfolgte die Schweiz mit ihren Aktivitäten im Bereich des humanitären Völkerrechts zwei Schwerpunkte: Erstens setzte die Schweiz ihre Anstrengungen fort, den

EAPC und die operativen Hauptquartiere der Nato in der Anwendung von Regeln und Standards für private Militär- und Sicherheitsfirmen zu sensibilisieren. Ziel ist es, dass die EAPC-Staaten die von der Schweiz entwickelten Instrumente (Dokument von Montreux und *Code of Conduct*)<sup>3</sup> anwenden beziehungsweise, dass sie nur noch Firmen engagieren, die sich diesen Standards verschrieben haben. Der Einsatz der Schweiz hat zur Entscheidung der Nato beigetragen, eine Direktive zu verfassen, die den Gebrauch solcher Firmen in Nato-Operationen regelt. Deren Ausarbeitung war Ende 2011 noch im Gange. Eine solche Direktive hätte weitreichende Auswirkungen, da sie für sämtliche Staaten gelten würde, die an Nato-geführten Operationen teilnehmen, d.h. mehr als 50 Staaten auf fünf Kontinenten.

Parallel dazu wurden die Alliierten und Partner des EAPC während einer von der Schweiz zusammen mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten organisierten Veranstaltung über den 2010 genehmigten *Code of Conduct* für private Sicherheitsfirmen informiert sowie über die Massnahmen zu dessen Implementierung, insbesondere die Ausarbeitung einer Charta zur Einführung von Regeln für die Zertifizierungs-, Evaluations- und Be schwerdebehandlungsprozesse. Dieses Treffen hat dazu geführt, dass eine grosse Anzahl Alliierter auf die Lücken in der aktuellen Politik der Nato aufmerksam gemacht wurden.

Zweitens führte die Schweiz ihr bewährtes Engagement zugunsten der Ausbildung im humanitären Völkerrecht weiter (siehe auch 5.1).

### 3.1.3 Beteiligung der Schweiz an Treuhandfonds

Der PfP-Treuhandfonds ist ein Mechanismus, der von der Nato etabliert wurde um Partnerstaaten bei der Vernichtung von Anti-Personenminen, Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition sowie der Sicherung von Waffen- und Munitionsdepots und der Demobilisierung von Armeeangehörigen zu unterstützen. Seit 2007 wurde das Programm ausserdem auf die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich ausgeweitet. Die Schweiz engagiert sich in diesen PfP-Treuhandfondsprojekten, da sie in ihnen ein Instrument sieht, mit dem sich Ziele ihrer eigenen Abrüstungspolitik realisieren lassen.

Das PfP-Treuhandfondsprojekt in Jordanien, bei dem die Schweiz seit 2007 zusammen mit Spanien und Norwegen die Co-Leitung hatte, wurde im Berichtsjahr erfolgreich zu Ende gebracht. Das Projekt hatte zum Ziel, die Kapazitäten der jordanischen Armee in der Beseitigung nicht-explodierter Gefechtsköpfe, in der Munitionslagerbewirtschaftung und in der Vernichtung überflüssiger Munition zu verbessern. Zudem lieferte die Schweiz Analysegeräte (Vakuum-Stabilitätstester) und bildetet die lokalen Mitarbeiter an diesen Geräten aus. In ihrer Rolle als Co-Leiterin begleitete die Schweiz ausserdem weiterhin die Umsetzung des Treuhandfondsprojekts im Bereich der Korruptionsbekämpfung (siehe auch 3.1.1).

Im Berichtsjahr hat die Schweiz ein Projekt zur Vernichtung von leichten Waffen und Munition in der Ukraine sowie ein Projekt zur Sicherung von Munitionslagern und zur Vernichtung überschüssiger Munition in Tadschikistan mitfinanziert. Als Antwort auf eine Unterstützungsanfrage der kirgisischen Behörden hat sich die Schweiz dazu entschieden, zusammen mit der Türkei eine Machbarkeitsstudie für ein Treuhandfondsprojekt zur Verbesserung der Sicherheit von Waffen- und Munitionslagern zu finanzieren. Die Resultate dieser Studie werden 2012 vorliegen.

---

<sup>3</sup>

Beim Dokument von Montreux handelt es sich um einen Text, der die Rechtslage für private Militär- und Sicherheitsfirmen, die in bewaffneten Konflikten tätig sind, klarer regeln soll. Das Dokument enthält Regelmepfehlungen und Handlungsanleitungen, um den Staaten zu helfen, ihre Verpflichtungen bezüglich legislativer und administrativer Massnahmen zu erfüllen. Der international gültige *Code of Conduct* ist ein wichtiger Meilenstein, um die Vision und die Empfehlungen des Dokuments von Montreux zu konkretisieren. Er richtet sich an private Sicherheitsunternehmen und versucht den Anwendungsbereich des Dokuments von Montreux auf Umstände auszudehnen, die unabhängig sind von der Definition eines bewaffneten Konfliktes. Der *Code of Conduct* dient damit nicht nur der Sensibilisierung der Industrie, sondern bildet auch ein tragfähiges Gerüst für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte in Konfliktgebieten oder für mögliche Verbesserungen in der Gesetzgebung.

### 3.1.4 Zivile Notfallplanung

Die Schweiz – vertreten durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) – hat ihre Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Notfallplanung fortgesetzt. Deren Ziel ist die Koordination und Harmonisierung der nationalen Aktionspläne, Fähigkeiten und Möglichkeiten der Nato-Mitglieder und ihrer Partner im Bereich der Notfallplanung sowie die effektive Nutzung ziviler Ressourcen für Katastrophenhilfseinsätze. Die zivile Notfallplanung der Nato wird durch den Ausschuss für zivile Notfallplanung (*Civil Emergency Planning Committee*, CEPC) geleitet. Die Schweiz begleitet darin verschiedene Schwerpunkte und Aktivitäten.

Die strategische Neuausrichtung der Nato beeinflusst auch die zivile Notfallplanung, wobei es vor allem um die internationale (zivile und militärische) Katastrophenbewältigung geht. Ferner möchte sich die Allianz auch als Akteur im Wiederaufbau etablieren, z.B. auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform. So ist die Nato vermehrt bestrebt, zivile Mittel auch zugunsten laufender und künftiger Kriseneinsätze zu generieren (z.B. ISAF). In diese Richtung weist auch das Projekt COMPASS (*Comprehensive Approach Specialist Support Program*), das neu auch Partnern offen steht. Das Programm bezweckt den Einsatz von zivilen Fähigkeiten und Mitteln und führt u.a. dazu eine Datenbank mit zivilen Experten, die auf Anfrage sowohl kurz-, mittel- und langfristig im Rahmen von Nato geführten Operationen eingesetzt werden könnten. Das Spektrum der Fähigkeiten reicht von kultureller Kompetenz über Landwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft, Gesundheit und Sicherheitssektorreform bis zur humanitären Hilfe.

Angesichts der oben erwähnten Neuausrichtung bedarf es auch einer Neubeurteilung des schweizerischen Engagements in der zivilen Notfallplanung. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem die Katastrophenbewältigung auf nationaler Ebene (Bundesstab ABCN, Ressourcenmanagement Bund etc.) Gestalt annimmt. Der CEPC ist immer noch ein für die zivile Notfallplanung relevantes internationales Forum, dessen Informationsaustausch auch national nutzbar gemacht werden kann. Die Einsicht, dass jedes Land katastrophenbedingt an die Grenzen der eigenen Bewältigungsfähigkeit stösst und daher in der Lage sein muss, gezielt internationale Hilfe anzufordern (was auch der amerikanische Vertreter in der vergangenen Plenarversammlung des CEPC unterstrich), erfordert eine entsprechende Vorbereitung. Darin liegt die Stärke und Relevanz des Forums.

Die Nutzbarmachung der Nachbarschafts- und generell der internationalen Hilfe setzt unter anderem einen rechtlichen Rahmen sowie die Schaffung von institutionellen und verfahrensmässigen Grundlagen voraus. Ein solches Instrument – wenngleich nicht rechtlich bindend – ist das unter der Ägide des CEPC entwickelte *Memorandum of Understanding on the Facilitation of Vital Cross Border Transport*. Das Abkommen erleichtert die grenzüberschreitende zivile Hilfeleistung, einschliesslich diejenige humanitärer Akteure in Bezug auf Grenzübertritt, Einreise, Einsatz und Transit.

Das BWL vertrat die Schweiz 2011 in den folgenden Arbeitsgruppen bzw. Untergruppen des CEPC: *Public Health, Food and Water Group, Inland Surface Transport* und *Civil Aviation Subgroups* sowie *Industrial Resources and Communications Service Group*.

Mit dem Zusammenschluss des „Food and Agriculture Planning Committee“ und des „Joint Medical Committee“ zur neuen „Public Health, Food and Water Group“ wurde der Themenkomplex Ernährung/Wasserversorgung in einer einzigen Ad-hoc-Arbeitsgruppe konzentriert. Sie wird sich dem Thema der Auswirkungen der Klimaveränderung auf die Nahrungsmittel- und Wasserversorgung widmen und den Informationsaustausch sicherstellen.

Der Schutz der kritischen Infrastrukturen im Energiebereich ist nach wie vor sehr aktuell. Ein im Berichtsjahr in Estoril durchgeführtes Seminar gab die Gelegenheit, die früheren Erkenntnisse zu vertiefen und zu erweitern. Es befasste sich mit Prävention-, Schutz- und Kontinuitätsmanagement und Informationssicherheit.

### 3.1.5 Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement

Die steigende Komplexität internationaler Krisen verlangt vermehrt nach Lösungen mit einem globalen Ansatz. In diesem Zusammenhang hat die Nato ihre Anstrengungen fortgesetzt, die Zusammenarbeit mit ihren Partnern, internationalen Organisationen und lokalen Akteuren zu verstärken.

Um die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern, nimmt die Schweiz auch an integrierten zivil-militärischen Krisenmanagementübungen teil, das letzte Mal an der multinationalen Krisenmanagementübung der Nato im März 2010. Im Berichtsjahr fand keine solche Übung statt.

### 3.1.6 Weitere zivile Aktivitäten

Das EDA und das VBS unterstützten verschiedene Expertentreffen zu sicherheitspolitischen Themen, so etwa das neunte *International Security Forum* (ISF), das Ende Mai unter der Leitung des *Centre for Security Studies* der ETHZ in Zürich stattfand, sowie die neunte *Global Strategic Review* des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in Genf.

Das EDA unterstützte im Berichtsjahr die Durchführung eines Workshops des EAPC in Genf, der gemeinsam von der Schweiz, dem *Weapons of Mass Destruction Centre* der Nato, dem DCAF und dem GCSP zur Rolle der Parlamente in der Rüstungsbeschränkung, Abrüstung und Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen organisiert wurde. Die Ergebnisse dieses Seminars, an welchem 70 Personen, davon rund die Hälfte Parlamentarier, teilgenommen haben, wurden in einer Publikation veröffentlicht.

Angesichts der globalen Herausforderungen, die durch Terrorismus entstehen, und der Auswirkungen terroristischer Aktivitäten in der Sahara und Westafrika hat das EDA, zusammen mit dem SECO und der Stadt Genf, einen Ausbildungslehrgang zum Kampf gegen die Finanzierung terroristischer Aktivitäten unterstützt.

Im Hinblick auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sicherheit von Computernetzwerken (Cyber-Bedrohung) wurde ein Dialog zwischen der Nato und einigen Partnerstaaten (Australien, Finnland, Irland, Neuseeland, Österreich, Schweden, Schweiz) aufgenommen, um das Potenzial für eine Kooperation in diesem Bereich zu prüfen. Dies hat einen ersten Informationsaustausch zu den Ambitionen und der nationalen Strategie der einzelnen Staaten ermöglicht.

Im Übrigen führte die schweizerische Mission bei der Nato in Brüssel fünf Informationsveranstaltungen über die Rolle der Schweiz in EAPC und PfP durch. Zielpublikum waren Universitätsstudenten, Kantonsräte und Mitglieder der Kantonalen Regierungen. Eine zunehmende Nachfrage für derartige Informationsveranstaltungen konnte festgestellt werden.

## 3.2 Zusammenarbeit in militärischen Bereichen

### 3.2.1 Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit

Die Partnerschaft für den Frieden ist für jene Teile der Armee, die in der Lage sein müssen, international zusammenzuarbeiten (z.B. Luftwaffe, SWISSINT), die zentrale Plattform zur Erreichung militärischer Zusammenarbeitsfähigkeit (Interoperabilität). Die internationalen Standards werden de facto von der Nato definiert. Es ist im Interesse der Schweiz, dass die Armee für ihre Weiterentwicklung vom Wissens- und Erfahrungsaustausch mit der Nato, deren Mitgliedern und den anderen Partnerstaaten profitieren kann. Im Rahmen der Streitkräfteentwicklung konnte 2011 mit der Nato der Planungs- und Überprüfungsprozess (*Planning and Review Process*, PARP) durchgeführt werden. In Gesprächen zwischen der Nato und dem VBS wurden Zusammenarbeitsziele erarbeitet, die auf die aktuellen Entwicklungen in der Schweizer Sicherheitspolitik und den Reformprozess der Armee abgestimmt sind.

In den vergangenen Jahren nahmen Angehörige der Armee und der Verwaltung jeweils an jährlich rund 160 PfP- Anlässen (Seminare, Kurse, Übungen) teil.

Im April führten die schwedischen Streitkräfte die alljährlich stattfindende *Combined Joint Staff Exercise* in Enköping durch, an der sich die Schweiz regelmässig mit Stabsoffizieren beteiligt. Die Übung bietet die Möglichkeit, internationale Stabsoffiziere und Teilstreitkräfte übergreifend in einer friedenserhaltenden Operation zu trainieren. Im Berichtsjahr nahmen 19 Schweizer Offiziere an dieser im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden wichtigen Übung teil. Eine Schweizer Teilnahme an der Übung VIKING 11 fand ebenfalls statt. Es handelt sich hierbei um eine multilaterale Übung, die den Einsatz von zivilem und militärischem Personal im Rahmen eines Friedensförderungseinsatzes trainiert. Im Berichtsjahr nahmen 17 Schweizer Offiziere an dieser Übung teil.

Die Schweizer Armee war 2011 auch Gastgeberin verschiedener Konferenzen und Workshops. Unter anderem fand im März in Luzern die *Military Cooperation Conference* statt, an der die Elemente der Kooperation zwischen den Partnern und dem militärischen Hauptquartier der Nato für Operationen (*Allied Command Operations*, ACO) festgelegt werden. Anlässlich dieser Konferenz kamen rund 130 ausländische Teilnehmer in die Schweiz. Weiter fanden einige Expertentreffen in der Schweiz statt.

In der Kaderausbildung ist die Schweizer Armee unter anderem im jährlichen Treffen aller Kommandanten der PfP-Trainingszentren engagiert, das 2011 vom GCSP organisiert wurde. Dieses Forum und Netzwerk bietet die Möglichkeit eines Informations- und Erfahrungsaustauschs in Ausbildungsfragen. 2011 wurde zudem das Kompetenzzentrum für Friedensförderung der Schweizer Armee SWISSINT in Stans neben dem GCSP als zweites offizielles PfP-Trainings- und Ausbildungszentrum der Schweiz zertifiziert.

Als weiteres Instrument der militärischen Zusammenarbeit und des Wissens- und Erfahrungsaustauschs hat die Schweizer Armee drei Vertreter temporär an Hauptquartiere oder Institutionen der Nato abkommandiert: einen Offizier in den *International Military Staff* im Hauptquartier in Brüssel, einen weiteren Offizier an das militärstrategische Hauptquartier *Allied Command Operations* in Mons, Belgien, sowie einen höheren Unteroffizier an die Nato-Schule in Oberammergau, Deutschland. Überdies standen zwei nationale Verbindungsoffiziere im Einsatz: einer ebenfalls am militärstrategischen Hauptquartier in Mons und einer beim zweiten militärstrategischen Hauptquartier, am *Allied Command Transformation* (ACT) in Norfolk, USA. Der Verbindungsoffizier in Mons wurde im Herbst 2011 ersetzt, jener in Norfolk wurde im Sommer 2011 zurückgezogen.

### 3.2.2 Zusammenarbeit in spezifischen Themenbereichen

Für die Armee sind integrierte Führungssysteme wichtig. Dies betrifft das gesamte Einsatzspektrum, inklusive Zusammenarbeit mit zivilen Stellen. Es geht um die Einführung und Abstimmung ziviler und militärischer technischer Standards, die es einerseits erlauben, mit Partnern zusammenzuarbeiten, und andererseits eine kostspielige Helvetisierung von Systemen unnötig machen.

Die Schweiz ist in mehreren Arbeitsgruppen vertreten, die sich mit Fragen der technischen Interoperabilität von Führungssystemen und Übermittlungstechniken beschäftigen. Am jährlich stattfindenden, dreiwöchigen Workshop *Combined Endeavor*, der unter der Leitung des Kommandos der amerikanischen Streitkräfte in Europa organisiert wird, nahm die Schweiz mit acht Personen teil. Das Ziel des Workshops, an dem sich 38 Nationen mit rund 1000 Personen beteiligten, war es, die eigenen Vorgaben für die Zusammenarbeitsfähigkeit mit den Partnern zu testen und die Entwicklungen der anderen Streitkräfte in diesem Bereich kennenzulernen.

Die Schweizer Luftwaffe arbeitet mit dem Luftverteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Luftverkehrsführung der Nato zusammen. Primär dient diese Zusammenarbeit dem Erfahrungsaustausch mit anderen Staaten sowie der Verbesserung der Interoperabilität und Standardisierung der Prozesse. Der Ausschuss für Luftverkehrsführung ist zuständig für die Koordination zwischen militärischen und zivilen Luftbewegungen. Die

schweizerische Luftwaffe nahm an verschiedenen Sitzungen teil, deren Hauptthemen der Informations- und Datenaustausch in Europa und die Terrorismusbekämpfung in der Luft waren. Der Luftverteidigungsausschuss der Nato berät den Nordatlantikrat in allen Fragen der Luftverteidigung, einschliesslich der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten. Die Teilnahme am Luftverteidigungsausschuss ermöglicht der Schweiz den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern in der Führung der fliegerischen Verbände und der Wahrung der Lufthoheit.

Die armasuisse ist mit einem Vertreter an der schweizerischen Mission bei der Nato in Brüssel präsent. Weitere armasuisse-Vertreter nehmen im Rahmen von nationalen Rüstungsvorhaben Einsitz in rüstungsspezifischen Fachausschüssen der Nato. Die armasuisse unterhält zudem Beziehungen zur Nato-Unterhalts- und Logistikagentur (*Nato Maintenance and Supply Agency*) in Luxemburg. Darüber hinaus ist der Kompetenzbereich Wissenschaft und Technologie (W+T) der armasuisse in Arbeitsgruppen der *Research and Technology Organisation* vertreten. Die Erkenntnisse aus diesen Gremien sind für die sicherheitsrelevante Forschung nützlich. Mit Unterstützung der armasuisse hat die Schweizer Industrie an von der Nato organisierten Materialausstellungen und an der Konferenz der Nato-Industrieberatergruppe (*Nato Industrial Advisory Group*) teilgenommen. Im Oktober nahm der stellvertretende Rüstungschef an der jährlichen Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren teil.

### 3.2.3 Ausbildungsangebote und regionale Unterstützungsprogramme

Die Schweizer Armee führte insgesamt 25 PfP-Ausbildungskurse durch (siehe Tabelle 5.1).

Die Kursschwerpunkte lagen in den Bereichen Gebirgsausbildung, Führungsausbildung für höhere Unteroffiziere, Kriegsvölkerrecht, militärisches Einsatzrecht, zivil-militärische Zusammenarbeit, humanitäre Minenräumung und Kommunikationstraining. Die Ausbildung erfolgt, wo immer möglich, als Kaderausbildung, nach dem Prinzip „*train the trainer*“. Neben Teilnehmern aus dem euro-atlantischen Raum nutzten auch Staaten des Mittelmeerdialogs der Istanbuler Kooperationsinitiative und der sogenannten Kontaktstaaten<sup>4</sup> das PfP-Kursangebot der Schweizer Armee.

In Zusammenarbeit mit dem GCSP führte die Schweiz bereits zum dritten Mal die *Annual Senior Officers' Security and Law Conference* durch. Der Fokus dieser Konferenz liegt auf dem koordinierten Zusammenwirken von Militär, zivilen und humanitären Organisationen in multidimensionalen Missionen.

Im Bereich Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition stellte die Schweiz auch dieses Jahr der Nato-Schule in Oberammergau Lehrpersonal für Kurse über die Lagerverwaltung und -sicherheit zur Verfügung. Die Kurse, deren Entwicklung in der Schweiz erfolgte, werden seit 2006 jährlich durchgeführt. Der sogenannte SALW-Kurs (*Small Arms and Light Weapons*) vermittelt theoretische und praktische Grundlagen und richtet sich an das operativ tätige Personal der Verifikationszentren der rund 20 Staaten (inklusive der Schweiz), welche sich in der *Multinational Small Arms and Ammunition Group* zusammengeschlossen haben. Der SALW-Policy-Kurs, der auch den Nato-Staaten und übrigen Partnerstaaten offen steht, richtet sich an Personal aus Ministerien und vermittelt vor allem theoretische Grundlagen. Dieser Kurs wurde ebenfalls mit Kleinwaffenexperten aus der Schweiz im Kursstab unterstützt.

Im Rahmen der regionalen militärischen Kooperation führte die Schweiz die Unterstützung für den ausbildungsseitigen Wiederaufbau militärischer Strukturen in Südosteuropa weiter.

<sup>4</sup> Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea.

## **4. Aktivitäten der Genfer Zentren und der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich**

### **4.1 Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik**

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) wurde 1995 als internationale Stiftung gegründet und ist als PfP-Trainingszentrum der Schweiz zertifiziert. Das Kursangebot des GCSP umfasst den neunmonatigen internationalen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den dreimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den dreimonatigen Ausbildungskurs zu den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Alle diese Kurse stehen auch Teilnehmern aus Staaten der Nato, der PfP und des Mittelmeerdials offen. Das Zentrum führt jeweils auch mehrere Kurzkurse durch, die in Genf oder ausserhalb angeboten werden und spezifische Ausbildungsbedürfnisse abdecken.

Das GCSP unterstützte als einer der Hauptpartner die PfP-Initiative zur Förderung von Transparenz und für die Bekämpfung von Korruption im Verteidigungsbereich. 2011 wurden in diesem Zusammenhang vier Kurse mit Beteiligung des GCSP durchgeführt (zwei in Oberammergau und je einer in Ankara und Sarajevo). Daneben beteiligte sich das GCSP an vier Konferenzen zu diesem Thema. Der vom GCSP organisierte jährliche PfP-Kurs für höhere Stabsoffiziere (Annual Senior Officers' Seminar ASOS) fand zum vierten Mal in Genf statt.

Als PfP-Trainingszentrum vertritt das GCSP auch seine Interessen innerhalb der Gruppe zertifizierter PfP-Trainingszentren. Das GCSP unterstützt in diesem Rahmen das *Peace Support Operations Training Centre* in Sarajevo, das als nationales wie auch regionales Ausbildungszentrum zertifiziert wurde. In Partnerschaft mit der *Naval Postgraduate School* in Monterey (USA) führte das GCSP 2011 zum dritten Mal einen Kurs über Führung und Zusammenarbeit in globalen Herausforderungen (*Global Challenges: Leadership and Cooperation in Complex Environments*) durch. Dabei handelte es sich um eine bilaterale Zusammenarbeit zwischen zwei zertifizierten PfP-Trainingszentren. Innerhalb des *PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes* (PfP Consortium) war das GCSP in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv.

Weitere Informationen unter [www.gcsp.ch](http://www.gcsp.ch)

### **4.2 Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte**

Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) veröffentlichte 2010 im Rahmen des entsprechenden PfP-Treuhafonds ein Handbuch zu Korruptionsbekämpfung und Integritätsbildung im Verteidigungsbereich. Das englischsprachige Handbuch konnte im Berichtsjahr auch auf Russisch publiziert und für Ausbildungszwecke in Staaten der ehemaligen Sowjetunion zur Verfügung gestellt werden.

Der Partnerschaftsaktionsplan zum Aufbau von demokratischen Verteidigungsinstitutionen (PAP-DIB) wurde durch die Erarbeitung einer Dokumentation über die Einführung ziviler Strukturen im Management des Verteidigungsbereichs ergänzt.

Auf der operationellen Seite führte das DCAF 2011 seine Unterstützung der Verteidigungsreform in der Ukraine im Rahmen von PfP mit einer Reihe von Projekten weiter. So lieferte das DCAF auf Einladung des Verteidigungsministeriums methodologische Expertise für die nun abgeschlossene *Strategic Defence Review*, unterstützte die Nachrichtendienst-Reform mit dem Programm „Sicherheitsmanagement im demokratischen Staat“ und co-organisierte ein parlamentarisches Ausbildungsprogramm zum Thema „Politisierung der Sicherheitskräfte“. Ebenso konnte die Sicherheitssektor-Gesetzessammlung aktualisiert und neu aufgelegt werden. Die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Verteidigungsakademie wurde fortgesetzt. Die gemeinsam betriebene Website mit einer Sammlung demokratiebezogener Literatur auf Ukrainisch und Russisch (inklusive Kursen zur Kapazitätsbildung), die Benutzern aus der ganzen ehemaligen Sowjetunion zur Verfügung steht, wurde fortgesetzt.

In Zusammenarbeit mit zentralasiatischen Experten wurde eine Dokumentation zum internen und kooperativen Sicherheitsmanagement in Zentralasien erstellt. Eine Reihe von Seminaren zur Sicherheitsgouvernanz im demokratischen Staat konnte in Kirgistan organisiert werden, das als erster zentralasiatischer Staat dem Stiftungsrat von DCAF beitrat. Das DCAF unterstützte überdies Seminare zur Sicherheitssektorreform in Moldawien und im Kaukasus, in Aserbaidschan in Zusammenarbeit mit der OSZE und dem *Office for Democratic Institutions and Human Rights*, ODIHR. Für parlamentarische Teilnehmer aus Bosnien und Herzegowina und Kosovo wurden Seminare zur Sicherheitssektorreform und guter Regierungsführung abgehalten.

Das DCAF unterhält Arbeitskontakte zu den Parlamenten verschiedener zentralasiatischer Staaten (inklusive Afghanistan). Im Rahmen dieser Kontakte konnten weitere Kopien des DCAF-Handbuchs zur parlamentarischen Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors ausgeliefert werden, übersetzt in die jeweiligen Landessprachen.

Das im Auftrag des VBS betriebene Unterstützungsprogramm DCAF-ISSAT (*International Security Sector Advisory Team*) konnte fortgeführt werden (*Security Sector Reform*, SSR Programm im Südsudan, inklusive Überprüfung im Mai/Juni 2011, Planung für zukünftiges Burundi-Programm). Im Bereich Training unterstützte ISSAT die Einführung eines vertieften SSR-Training-Kurses und eines *SSR-train-the-trainer*-Kurses am SWISSINT und bot im Weiteren am SWISSINT ein SSR-Modul für UN-Militärbeobachter wie auch ein schweizerisch-österreichisches SSR-Einführungstraining in Wien an. Auf Wunsch der interdepartmentalen Arbeitsgruppe zu SSR fertigte ISSAT eine *Mapping Study* über die gesamte Schweizer Unterstützung von Sicherheitssektor- und Justiz-Reformprogrammen an. Die Studie soll im Frühjahr 2012 vorgestellt werden.

Im Rahmen des *PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes* (PfP Consortium) leitet das DCAF die Arbeitsgruppe zur Sicherheitssektorreform. 2011 organisierte DCAF in Stockholm auf Einladung des *Swedish Defence College* und dem PfP Consortium ein Seminar zum Thema „*gender and defence transformation – transforming national structures, sustaining international operations*“. Schwerpunkte waren konkrete Erfahrungen in der Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates "Frauen, Frieden und Sicherheit" in friedenssichernden Operationen sowie in Bezug auf die Wechselwirkung zwischen Forschung und der Planung und Ausführung von Einsätzen im Feld. Die Nato hat das DCAF mehrmals um Unterstützung gebeten in der Umsetzung der Resolution 1325 für die operationelle Planung und zu den Auswirkungen der Resolution auf Training und Ausbildung. Ferner wurde das DCAF wiederholt vom Nato *Committee on Gender Perspectives* (NCGP) um Unterstützung gebeten in der Planung und Durchführung einzelner Module anlässlich der Jahreskonferenz des NCGP. DCAF hat auf Anfrage und im Auftrag der Nato auch Gender-Aspekte in das Referenz-Curriculum „*Professional Military Education*“ integriert. Im Auftrag des VBS hat das DCAF außerdem ein Treffen des Steuerungskomitees des PfP Consortiums in Genf organisiert, an dem die generelle Ausrichtung, das Budget, neue Initiativen sowie die Thematik und Planung der Arbeitsgruppen im Berichtsjahr diskutiert und verabschiedet wurden.

Weitere Informationen unter [www.dcaf.ch](http://www.dcaf.ch)

### **Die Parlamentarische Versammlung der Nato, das DCAF und die Schweiz**

Die Parlamentarische Versammlung der Nato (Nato-PV) ist eine interparlamentarische Organisation, die heute aus Legislativvertretungen aus den 28 Nato-Mitgliedstaaten sowie aus 14 assoziierten Staaten, eingeschlossen der Schweiz, besteht. Die Nato-PV und die Nato sind rechtlich, finanziell und administrativ unabhängig voneinander. Die Versammlung, welche sich hauptsächlich aus fünf Ausschüssen zusammensetzt, hat zwar ausschliesslich beratende Funktion, hat aber in den letzten Jahren auf der Ebene Parlament gleichwohl intensive Arbeitsbeziehungen mit der Nato entwickelt.

Im Rahmen eines ihrer neuen Ziele – der Schaffung der für die Ausübung einer echten demokratischen Kontrolle der Streitkräfte notwendigen parlamentarischen Mechanismen, Praktiken und Kenntnisse – arbeitet die Nato-PV mit dem DCAF zusammen. 2011 konnte mit Parlamentsvertretern aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des Balkans wiederum eine gemeinsame Seminarreihe über die verschiedenen Aspekte der Beziehungen zwischen dem Zivil- und dem Armeebereich durchgeführt werden. Neu aufgelegt wurde das gemeinsame Handbuch zur parlamentarischen Kontrolle des Sicherheitssektors auf Englisch, Ukrainisch und Russisch.

Die Schweiz gehört der Nato-PV seit 1999 als assoziiertes Mitglied an. Damit kann die Schweizer Delegation, die sich aus je zwei Mitgliedern des Nationalrates und des Ständerates zusammensetzt (in der Regel die Präsidentinnen oder Präsidenten und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte) an fast allen Kommissionsarbeiten, an allen Seminaren sowie am Mittelmeerdialog und an den Vollversammlungen (ohne Stimm- und Wahlrecht) teilnehmen.

### **4.3 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich**

Das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik (CSS) an der ETHZ betriebene *International Relations and Security Network (ISN)* leistete auch 2011 eine Reihe von Beiträgen zugunsten der PfP-Staaten:

Der am ISN als Komponente des lizenzenfreien Open-Source-Learning-Management-Systems „ILIAS“ entwickelte Online-Editor wurde um wichtige Funktionen erweitert. Der Editor ermöglicht Organisationen aus PfP-Staaten die partnerschaftliche Produktion und den Austausch von E-Learning-Modulen. Ergänzend zum Editor entstand eine bereinigte Version der Online-Lösung zur Produktion von animierten Videos, die auf Einzelbildern, einer Tonspur und diversen Bildeffekten basieren. Das Zusatzinstrument ermöglicht den Export der Videos in verschiedenen Formaten für den Einsatz in E-Learning-Modulen, auf Websites oder auf Smartphones. Beide Werkzeuge waren Gegenstand mehrerer Workshops der *Advanced Distributed Learning Working Group (ADL-WG)* des PfP Consortiums, welche die neuen Instrumente im Rahmen konkreter Projekte einsetzt. Auch 2011 haben sich wiederum einige Organisationen für das in der Nato etablierte ILIAS-System entschieden, so zum Beispiel die georgische National Defense Academy. Die vom ISN betreute PfP-Consortium-Lernplattform mit mittlerweile rund 42'000 registrierten Benutzern wurde weiterhin rege genutzt. Die darauf angebotenen E-Learning-Kurse wurden unter anderem bei PfP-Trainingszentren, den Genfer Zentren, bei diversen nationalen Armeen und, im Kontext von PfP-Kursen, auch bei der schweizerischen Berufsunteroffiziersschule eingesetzt. Das ISN ergänzte das Lernangebot durch den Kurs „European Security and Defense Policy“.

Mit seinem Engagement in der *Advanced Distributed Learning Working Group* leistete das ISN für die Schweiz erneut einen Beitrag an das PfP Consortium. Dank seiner eigenen E-Learning-Aktivitäten und des fachlichen Austauschs mit Partnerorganisationen verfügt das ISN über umfangreiches Fachwissen rund um den Einsatz moderner Technologien im Rahmen der militärischen und sicherheitspolitischen Ausbildung. Entsprechend war das ISN erneut in eine Reihe von internationalen Ausbildungs- und Coaching-Aktivitäten zugunsten des PfP Consortiums und des für die Transformation zuständigen Nato-

Hauptquartiers *Allied Command Transformation* (ACT) involviert. Basierend auf seiner Expertise lancierte das ISN Ende Jahr die Arbeiten zu einem grösseren Forschungsprojekt zu neuen E-Learning-Technologien. Die Resultate werden Ende 2012 zur Verfügung stehen.

Die digitale Bibliothek des ISN, die derzeit eine der weltweit grössten frei zugänglichen Datensammlungen im Bereich internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik umfasst, baute ihren Bestand auf rund 43'500 Publikationen aus. Die Bibliothek enthält Bücher im Volltext, Arbeitspapiere, Regierungsberichte, Journalartikel sowie politische Kurzanalysen von 180 Partnerinstitutionen. Das umfangreiche Material steht den Nato- und Partnerstaaten ebenfalls zur Verfügung.

Zusätzlich führte das ISN Mitte November mit der Lancierung eines *Editorial Plans* eine neue Organisation seiner Inhalte rund um die digitale Bibliothek ein. Der erste *Editorial Plan* analysiert den Umfang, die Reichweite und die Komplexität struktureller Veränderungen im internationalen Politsystem. Die bisherigen Inhalte wurden diversifiziert und durch Multimedia-Inhalte und andere Medienformate ergänzt. Gemeinsam mit internationalen Experten und Partnern wurden rund 450 Hintergrundanalysen und Interviews, auch in Form von Podcasts, veröffentlicht. Schliesslich betrieb das ISN zwei im Jahr 2010 lancierte *Communities* zu sicherheitspolitischen Themen weiter.

Im Rahmen und zur Erfüllung des PfP-Programms der Schweiz war das CSS vom 30. Mai bis zum 1. Juni 2011 Gastgeber des „*International Security Forum (ISF) 2011*“. Unter dem Leitmotiv „*Regional and Global Security: Meeting Tomorrow's Challenges Today*“ kamen insgesamt rund 450 internationale Experten aus Verwaltung und Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Militär und dem Medienbereich im Kongresshaus Zürich zusammen. Das ISF 2011 wurde in enger Abstimmung mit dem VBS sowie in Kooperation mit dem EDA und den Genfer Partnerinstituten (GCSP, DCAF, GICHD, IHEID) durchgeführt.

Weitere Informationen unter [www.isn.ethz.ch](http://www.isn.ethz.ch).

## 5. Anhang

### 5.1 PfP-Ausbildungskurse der Schweiz

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
PfP/UN-CMCoord Special Course for OCHA Humanitarian Affairs Officers (HAO)  Schweregewichtig wurden sich im Einsatz befindende <i>Humanitarian Affairs Officers</i> der UN OCHA aus dem afrikanischen Kontinent eingeladen. Die Zielsetzung war nebst dem Weiterverbreiten von Wissen im Bereich der zivilmilitärischen Koordination auch die Erhöhung des Grundstocks an verfügbaren <i>CMCoord Officers</i> bei den diversen UN OCHA Büros vor Ort.	VBS/UN OCHA	17/16
PfP / 2nd UN-CMCoord Training of TrainersCourse (ToT)  Der UN-CMCoord ToT Course, welcher weltweit erst das zweite Mal durchgeführt wurde, hatte zum Ziel neue Moderatoren (Facilitators) resp. Kurs Direktoren (Course Directors) auszubilden, die in der Zukunft UN-CMCoord Kurse gemäss dem neuen 3-stufigen Konzept durchführen.	VBS/UN OCHA	14/4
CWMC - "Combined Winter Mountain Course" Basic und Advanced  17-tägiger Wintergebirgskurs, der die bisherigen Kurse (WMC - "Winter Mountain Course") und den Kurs Lawinendienst (AVC - "Avalanche Course") kombiniert.	VBS	Basic 12/3 Adv. 6/3
CSMC - "Combined Summer Mountain Course"  17-tägiger Sommergebirgskurs, der den bisherigen Grundkurs im Sommer (SMC - "Summer Mountain Training Course") und den bisherigen Such- und Rettungskurs (MSRC - "Mountain Search and Rescue Course") kombiniert.	VBS	22/10
KOMKA BC - "Media and Communications Training - Basic Course"  Grundlagenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die für einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> vorgesehen sind. Das Training zielt auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen, wie sie in friedensunterstützenden Operationen oder Katastrophenhilfseinsätzen vorkommen.	VBS	12/12
KOMKA AC - "Media and Communications Training - Advanced Course"  Fortschrittenenkurs für Offiziere und zivile Mitarbeiter, die bereits einen Einsatz als <i>Public Affairs/Press and Information Officer</i> hinter sich haben und für eine höhere Stufe vorgesehen sind. Das Training soll die Teilnehmer darauf vorbereiten, Kommandanten auf eine korrekte Planung, Durchführung und Evaluation von Medienveranstaltungen unter erschwerten Bedingungen vorzubereiten, wie sie in friedensunterstützenden Operationen oder Katastrophenhilfseinsätzen vorkommen.	VBS	16/10
PSOBC Of - "Peace Support Operations Basic Course for Junior Officers"  Kurs mit dem Ziel, den Teilnehmern das Grundwissen über internationale Organisationen zu vermitteln und sie auf den Einsatz in einem kleinen multinationalen Team vorzubereiten. Der Kurs wurde komplett überarbeitet und neu strukturiert und fand im Frühling 2011 als Testlauf für die neuen Module 2012 nur mit Schweizer Teilnehmern statt.	VBS	30/1

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
NCO Interim LS - "Non-Commissioned Officers Intermediate Leadership Course" (2 Kurse)  Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs auf Stufe multinationale Einheit zu befähigen, ihre Vorgesetzten zu unterstützen, zu beraten und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern. Die Teilnehmer sollen ihre eigene Führungsfähigkeiten und Kommunikationsfähigkeit verbessern.	VBS	24/12 (Jan.) 27/15 (Jul.)
NCO Adv LS - "Non-Commissioned Officers Advanced Leadership Course" (2 Kurse)  Fortgeschrittenenkurs für höhere Unteroffiziere mit dem Ziel, die Teilnehmer als Chefs zu befähigen, ihre Kommandanten auf Stufe multinationaler Brigade zu unterstützen, ein Beratungssystem im internationalen Umfeld aufzubauen und zu betreiben, ihre eigenen Kommunikationstechniken zu verbessern und das ethische Bewusstsein im militärischen Umfeld zu fördern. Der Kurs fokussiert auf die Rolle des Führungsgehilfen zum Kdt.	VBS	26/17 (Apr.) 29/15 (Sep.)
IMSMA Advanced - "Introduction to the Information Management System for Mine Action"  Die Teilnehmer vertiefen ihr Wissen bezüglich regionalen oder nationalen Datenbanken zur Minen- und Kampfmittelbeseitigungs-Problematik. Sie lernen, die Situation zu analysieren und zu interpretieren und mit dem GIS ( <i>Geographic Information System</i> ) zu kombinieren.	VBS, GICHD	17/15
EMAP „Evaluation on Mine Action Projects“  Ziel dieses Kurses ist es, die Teilnehmer (Mitarbeiter von nationalen Minenräumbehörden, UN-Offizielle sowie Verantwortliche von Geberstaaten, Verteidigungsministerien wie auch Aussenministerien) im Bereich Evaluation so auszubilden, dass sie in der Lage sind, selber Evaluationen durchzuführen. Zudem können die Teilnehmer nach dem Kurs Assessments von Projektvorschlägen selbständig durchführen.	VBS/GICHD	23/16
HUMAM „Humanitarian Mine Action and the Military“  Einführungskurs in die Grundlagen der humanitären Minenräumung („five pillars of mine action“). Der Kurs richtet sich an Offiziere, Unteroffiziere und zivile Mitarbeiter in den Verteidigungsministerien, die für den Bereich humanitäre Minenräumung zuständig oder für einen Einsatz in einer Peace Keeping Mission vorgesehen sind.	VBS/GICHD	15/11
SUNMOC - "Training Course for Military Observers for UN and OSCE Missions"  Einführungskurs für zukünftige Beobachter in UNO-Einsätzen. Die Teilnehmer werden befähigt, ihre eigentliche Aufgabe als Beobachter wahrzunehmen und mit Sicherheitsproblemen umzugehen. Weitere Schwerpunkte sind neben den Kenntnissen über die internationalen Strukturen die eigene Kommunikationsfähigkeit und der Umgang mit den Medien.	VBS	30/8
MILMED "Course on International Law of Armed Conflict for Medical Officers and Young Military Doctors", "Law of Armed Conflict"  Ziel dieses Kurses ist es, Ärzte und Medizinalpersonal in die Grundsätze des Kriegsvölkerrechts einzuführen. Besonderes Augenmerk wird auf die spezielle Verantwortung des Medizinalpersonals gelegt. Dazu werden aktuelle Probleme und Herausforderungen in diesem Bereich analysiert und nach Lösungen gesucht. Die Teilnehmer sollen motiviert werden, in ihren Nationen den Unterricht in Kriegsvölkerrecht zu fördern.	VBS	33/18

Kurs	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
ETC 15 - "Training Course in European Security Policy"  Der ETC ist ein jährlich durchgeführter, dreimonatiger Kurs, der sich mit Fragen der euro-atlantischen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	24/19
ITC 25 - "International Course in Security Policy"  Der ITC ist ein jährlich durchgeführter, rund neunmonatiger Kurs, der sich mit Fragen regionaler und globaler Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	28/26
NISC 12 - "New Issues in Security Course"  Der NISC ist ein jährlich durchgeführter, dreimonatiger Kurs, der sich mit aktuellen und künftigen Herausforderungen der globalen Sicherheit befasst. Der Kurs richtet sich an Personen, die sich beruflich mit Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigen und in einem internationalen Umfeld arbeiten. Der Kurs wird im Rahmen von PfP offeriert, steht aber auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	26/22
Annual Senior Officers' Security and Law Conference, Genf  Jährliche dreitägige Konferenz für höhere Stabsoffiziere und Rechtsexperten zu Fragen im Zusammenhang des Comprehensive Approach in multidimensionalen Missionen.	GCSP	28/10
Annual Senior Officers' Seminar (ASOS), Genf  Jährliches dreitägiges Seminar für höhere Stabsoffiziere und höheres Kader aus Verteidigungsministerien.	GCSP	23/17
Defence Attaché Orientation Modules  Ausbildungsmodul von 4 – 8 Tagen für Vertreter von Verteidigungsministerien, die in einem multilateralen Umfeld eingesetzt werden. Der Kurs, der im Rahmen von PfP in Genf und ausserhalb der Schweiz durchgeführt wird, steht auch Teilnehmern aus anderen Staaten offen.	GCSP	104/38
2 <sup>nd</sup> Rule of Law and Good Governance Training Course for Afghan Officials, Baku  Kurs für ausgewählte Afghanische Beamte aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Justizministerium, Ministerium für des Innern, Afghanistan Independent Human Rights Commission, Staatsanwaltschaft und anderen nationalen oder regionalen Verwaltungseinheiten. Der Kurs wurde von der ADA (Aserbaidschan Diplomatischen Akademie in Baku), Norwegen, Finnland und der Schweiz finanziert. Das GCSP leistete seinen Beitrag im Bereich Fakultätsleistungen und Organisation.	GCSP/ADA	19/1
Senior Afghan Leadership Workshop, Geneva  Ein Workshop für eine ausgewählte Gruppe von hochrangigen afghanischen Beamten und Offiziere, um eine Gelegenheit für den fachlichen Austausch mit erfahrenen Praktikern zu schaffen, die aus erster Hand die Probleme von Transitionen im Maghreb, Balkan, Südkaukasus, Lateinamerika und Afrika kennen. Der Workshop wurde von der Schweiz, Norwegen und Finnland finanziert.	GCSP	12/1

## 5.2 Weitere Veranstaltungen

Veranstaltung	Organisation / Durchführung	Teilnehmer / Nationen
Ausbildungskurs parlamentarische Aufsicht des Sicherheitssektors für Mitglieder und Personal der verschiedenen Kommissionen des Parlaments von Kosovo, Genf/Bern	EDA, DCAF	17/1
Ausbildungskurs für Mitglieder der sicherheitspolitischen Kommissionen der parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegovina, Genf/Bern	EDA, DCAF	12/1
Konferenz „International Security Forum (ISF) 2011“, Zürich	CSS/ISN	450/50
Cooperative Development Team Training, Kreta (Griechenland) Beteiligung an einem dreitägigen Training für neue ADL-Produktionsteams Einsatz des ILIAS-SCORM-Editors und Coaching von Workshops	ISN, NATO ACT	48/12
IISS Global Security Review, Genf Veranstaltungsreihe zu sicherheitspolitischen Themen wie Nonproliferation und nukleare Abrüstung, Energiesicherheit, Cyber-Bedrohung oder Afghanistan.	EDA, VBS, IISS	
ADL-WG-Workshops, Konferenz und «National ADL Day», Tiflis (Georgien) Organisation und Leitung eines eintägigen Workshops, der zweitägigen Konferenz sowie eines halbtägigen Spezialevents	ISN, PfP Consortium	40/16
Teilnahme von Experten des GCSP an vier Ausbildungskursen zum PAP-DIB in Sarajevo, Ankara und Oberammergau "Nato/PfP Defence Leadership in Building Integrity Foundation Course"	GCSP	105/18
13 <sup>th</sup> Annual Middle East and North Africa Training Course on international security: New issues, Genf/Bern	EDA, GCSP	25/17
“Critical Infrastructure Governance in the Western Balkans’ Countries”, Budapest (Ungarn)	EDA, International Centre for Democratic Transition	50/15
Runder Tisch zur demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors in den Staaten der östlichen Partnerschaft, Warschau	EDA, Polish Institute of International Affairs	49/13
PfP workshop on the role of parliaments in arms control, disarmament and non-proliferation of WMD, Geneva, 30 March - 1 April, 2011	EDA, DCAF, GCSP, Nato Weapons of Mass Destruction Centre	70
Technischer SALW Kurs, Thun Der Kurs richtet sich an das operativ tätige Personal der Verifikationszentren der Staaten, die sich in der <i>Multinational Small Arms and Ammunition Group</i> zusammengeschlossen haben und vermittelt Kenntnisse im Rahmen einer Übung zur Beurteilung der Lagerverwaltung und –sicherheit von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition.	VBS	18/9

### 5.3 Finanzen

Aktivitäten VBS	Betrag (in Fr.)	Aktivitäten EDA	Betrag (in Fr.)
Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	941'809	Angebote der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	189'430
Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	568'220	Teilnahmen der Schweiz (Kurse, Workshops etc.)	4'078
Kooperationsprojekte (PfP-Treuhandfonds, Ausbildung)	1'754'077	Kooperationsprojekte (PfP Treuhandfonds, Ausbildung)	265'000
Aussenstellen (Mission bei der Nato in Brüssel und militärisches Berufspersonal bei NATO-Stellen)	229'071		
<b>Aufwendungen VBS</b>	<b>3'493'177</b>	<b>Aufwendungen EDA</b>	<b>458'508</b>
<b>Gesamtaufwendungen 2011</b>			<b>3'951'685</b>

## 5.4 Abkürzungen

Abkürzung	Bedeutung
ADL-WG	Advanced Distance Learning Working Group
BWL	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
CEPC	Civil Emergency Planning Committee
CSS	Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
GCSP	Geneva Centre for Security Policy
GICHD	Geneva International Centre for Humanitarian Demining
HEID	Institut des hautes études internationales et du développement
IISS	Internationales Institut für Strategische Studien
ISAF	International Security Assistance Force
ISF	International Security Forum
ISN	International Relations and Security Network
ISSAT	International Security Sector Advisory Team
KFOR	Kosovo Force
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
Nato-PV	Parlamentarische Versammlung der Nato
NCGP	Nato Committee on Gender Perspectives
NCO	Non-commissioned officer
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAP-DIB	Partnership Action Plan on Defence Institution Building
PARP	Planning and Review Process
PfP	Partnership for Peace
SALW	Small Arms and Light Weapons
SSR	Security Sector Reform
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

## 5.5 Links

Partnerschaft für den Frieden (PfP), Schweizer Homepage	<a href="http://www.pfp.admin.ch">www.pfp.admin.ch</a>
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH Zürich	<a href="http://www.css.ethz.ch">www.css.ethz.ch</a>
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	<a href="http://www.dcaf.ch">www.dcaf.ch</a>
Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik	<a href="http://www.gcsp.ch">www.gcsp.ch</a>
Schweizerische Mission bei der NATO	<a href="http://www.eda.admin.ch/eda/fr/home/topics/intorg/pfp.html">www.eda.admin.ch/eda/fr/home/topics/intorg/pfp.html</a>